

habe sich das Fehlen der Bandungsabteilung von insgesamt 45 Mann und Offizieren besonders beim Munitionstransport außerordentlich nachteilig bemerkbar gemacht. Es sei eine schwere Entschädigung für ihn gewesen, sein zum Bruch gekommenes Schiff aufzugeben. Ueber seine Behandlung als Gefangener durch die Engländer hat Kapitän von Müller in mancher Hinsicht zu klagen, geradezu unerhört aber bemähe man sich gegen den Embden-Kommandanten, dessen ritterliches Verhalten die Engländer selbst so gerühmt hatten, auf dem Linien-Schiff, welches ihn nach England brachte. Ueberhaupt sei allgemein die Behandlung unserer Gefangenen durch die Engländer durchaus nicht so ritterlich, wie offenbar vielfach in Deutschland angenommen würde. Einen peinlichen Eindruck mache auch das Bemühen der Engländer, aus der Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen ein Geschäft zu machen. Hieran seien in erster Linie die in die Lager kommandierten englischen Unteroffiziere beteiligt, welche die Gefangenen beim Kantinenbetrieb überzuleiten. Einen schmerzlichen Versuch habe er trotz Kenntnis von seiner bevorstehenden Ueberführung und Internierung unternommen, weil es sein brennender Wunsch gewesen sei, ins Vaterland zurückzukehren und ihm von neuem mit der Waffe zu dienen. Fregattenkapitän von Müller war in bester Stimmung über die glänzende militärische Stellung der Zentralmächte. Besonders kennzeichnend für die militärische Lage sei es, daß England jetzt seine Haupthoffnung auf innerpolitische Schwierigkeiten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn setze.

Aus dem Wiener Parlament

Wien, 22. Jan. An die Erklärung des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause knüpfte sich eine längere Debatte. Mehrere Abgeordnete gaben namens der Deutschen Böhmen, Mährens und Schlesiens Erklärungen ab, worin sie in schärfster Weise die staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen bekämpften und die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutsch-Böhmen mit eigenem Landtag auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts fordern, sowie für Mähren vollständige Durchführung der nationalen Autonomie des deutschen Mährens. Die Tschechen und südslawischen Redner kritisierten die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Der Pole Glombinski verwies auf die Befürchtungen der Polen angesichts der Stellungnahme des Generals Hoffmann und protestierte gegen die beabsichtigte Grenzsicherung Deutschlands auf Kosten Polens durch Wegnahme des polnischen Kohlenbeckens. Der polnische Sozialdemokrat Deszynski wandte sich gegen die Auffassung, als ob Deutschland Oesterreich getreue hätte. Ohne Oesterreich, die Türkei und Bulgarien hätte Deutschland sich der Feinde nicht erwehren können. Ein Russe protestierte gegen die Angliederung ukrainischen Gebietes an Polen. Der Sozialdemokrat Adler erklärte: Wir Sozialisten verlangen nicht einen Bruch oder das Unmögliche, daß Deutschland sich plötzlich unter Führung Oesterreichs beuge. Wenn man in Berlin sagt, für uns ist Triest wie Straßburg, dann dürfte man sich nicht aufregen, wenn Czernin sagt: Wir ist Straßburg wie Triest. Man könne nicht die Früchte des Bündnisses einseitig genießen. Der Christlich-Soziale Matya betonte, auch die Christlich-Sozialen ständen auf dem Boden des Verständigungsfriedens. Großen Raum in der Debatte nahm die Auslandsbewegung ein. Die sozialdemokratischen Redner bezeugten das Jugeständnis der Regierung als Beginn einer wirklichen Demokratisierung Oesterreichs. Die Christlich-Sozialen warfen den Sozialdemokraten vor, daß sie den in der Bevölkerung bestehenden Unwillen über die Ernährungsverhältnisse zu parteipolitischen Zwecken ausnützten. Der Delegationsauschuss für das Neujahre tritt Donnerstag zusammen.

Dr. Stresemann über die gegenwärtige Lage

H. Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann, der Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion, hat am Montag im Deutschen Reichstagen zu Dresden einen Vortrag über die gegenwärtige Lage gehalten. Er ging davon aus, daß die deutschen Siege erst die russische Revolution hervorgerufen haben. Die heutige russische Regierung besteht aus anarchischen Gewalttätern. An ihrem Beispiel sieht man, daß Sozialismus und Freiheit Begriffe sind, die nichts miteinander zu tun haben, denn sie haben die oppositionellen Mandate einfach für ungültig erklärt und jetzt sogar die ganze Konstitution nach Hause geschickt. Wir müssen abwarten, wie lange die Herrschaft Lenins und Trozkis dauert. Gibt es eine russische Regierung, die, wenn einmal Friede geschlossen ist, den Krieg wieder beginnen kann? Diese Frage muß mit Nein beantwortet werden, daher ist es richtig, daß unsere Regierung versucht, mit der jetzigen Regierung Frieden zu schließen. Auf welcher Grundlage soll er geschlossen werden? Es muß unsere Aufgabe sein, die feindliche Koalition zu sprengen und Sicherungen für Deutschland zu schaffen. Es gibt viele, die Rußland schonen wollen, um einen Festlandsbund gegen England zu gründen. Der Gedanke eines Festlandsbundes erscheint bestehend, aber man denke an Napoleons Versuch und vergegenwärtige sich, daß man Frankreich an unsere Seite ziehen möchte! Das erscheint ganz ausgeschlossen. Auch sind die Russen Anhänger eines Bundes der Völker der ganzen Erde, nicht eines Bundes gegen einen Einzelstaat. Der Gedanke der territorialen Unversehrtheit Rußlands leidet auch daran, daß wir mit der Selbständigkeitsklärung Polens beginnen und damit jenen Grundlag ausgehen haben. Ich halte diese Maßnahme für das unheilvollste Erbstück aus Bismarcks Zeit. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat Bismarck vor dem 5. November 1916 in einem Schriftstück gewarnt, zu glauben, daß 500 000 Polen für uns ins Feld ziehen würden. Der Redner besprach dann die polnische Gefahr, die Polen in Warschau und Krakau würden nach Danzig, Posen und Gnesen sehen wie Frankreich nach Straßburg und Metz. Unsere Oberste Heeresleitung hat in bezug hierauf den Ausdruck gebraucht: Das nächste Mal verteidigen wir Deutschland an der Oder! Wir brauchen Sicherungen. Sie bestehen einmal in einer Verbesserung unserer Grenzen, denn wir müssen daran denken, daß uns diesmal ein großmütiges Schicksal gerettet hat. Auf Hindenburgs und Ludendorffs der Zukunft können wir unsere Zukunft im Osten nicht aufbauen. Das zweite ist, daß wir versuchen müssen, die Grenzländer zu veranlassen, nach eigener Erkenntnis mit uns in ein enges wirtschaftliches und militärisches Verhältnis zu treten. Wer heute eintritt für den Status quo, der erkennt Englands Weltbeherrschung an für die ganze Ewigkeit. Aber auch weile Gründe spielen mit. Im Baltikum haben wir eine 700jährige deutsche Kultur zu verteidigen. Was sich dort durchgesetzt und erhalten hat bis in die Gegenwart, ist Seele von unserer Seele. Mitau und Dorpat sind deutsche Städte wie Hamburg und Stettin. Wenn wir unseren Kindern in der Schule mehr

deutsche Kultur beigebracht hätten, ihnen die engen Zusammenhänge mit dem Baltikum klargestellt hätten, dann würden an dem Tage, wo Riga deutsch würde, die Gloden geläutet haben von Ragnisberg bis Mes. Kämpfen wir nur für Polen und nicht für jene, die deutsch werden wollen? Wir liefern die Deutschen in Rußland an den Galgen, wenn wir sie preisgeben. Es wäre keine Ehre mehr, ein Deutscher zu heißen, wenn wir sie zurückließen. Der kurländische Landtag hat sich einstimmig für den Anschluß Kurlands an Deutschland erklärt. Er ist die rechtmäßige Vertretung Kurlands. Die Bürgervertreter Rigas haben sich einstimmig für uns erklärt, ebenso die Gemeindevertretungen von Desei, Moon und Dago, ebenso sämtliche Gemeinden nördlich von Riga. Die Litauer haben den Reichstagsfraktionen mitgeteilt, daß sie eine Militärkonvention, eine Münz- und Zollunion mit uns abschließen wollen.

Manches Urteil über unsere Unterhändler in Brest-Litowsk ist ungerecht, weil wir nicht bedenken, daß sie sehr eingeengt sind durch die Entschädigung vom 19. Juli und durch die Tatsache, daß wir einen Koalitionskrieg führen. Die Schwierigkeiten sind bis zum Unerträglichem gesteigert worden dadurch, daß unsere Unterhändler keine Unterstützung in der Öffentlichkeit fanden. Was hierin gesündigt worden ist, ist kaum zu glauben. Trozkis las einen ganzen Vormittag lang nur deutsche Presstimmen, die den russischen Standpunkt verteidigten, vor und äußerte dann: Es dürfte noch nicht da gewesen sein in den Annalen der Weltgeschichte, daß eine Presse so vollkommen den feindlichen Standpunkt vertritt, wie die deutsche den russischen Standpunkt. (Aus welchem Lager diese Presstimmen herfahren, ist bekannt. Die Schriftl.)

In Oesterreich zeigt sich eine Nervosität, die dem Frieden nicht förderlich ist. Wir lassen Oesterreich freie Hand in bezug auf die von ihm gewünschten Sicherungen gegen Italien. Es wäre sehr erwünscht, wenn man uns in Oesterreich freie Hand ließe in bezug auf die uns notwendigen Sicherungen. (Lebh. Beifall.) Das bekannte Gineinden in unsere inneren Verhältnisse müssen wir uns scharf verbitten. (Beifall.) Der Friede im Osten ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Bedeutung des Friedensschlusses mit der Ukraine ist viel größer als die eines Friedens mit Rußland. Das Freizugausfuhrland im Osten ist die Ukraine, nicht Rußland!

Die Zeit arbeitet für uns. Das danken wir dem U. S. Krieg. England und Amerika sind durchaus nicht ein Herz und eine Seele. Das beweist die Beschlagnahme aller in Amerika im Bau befindlichen englischen Schiffe. Nach dem Kriege kann leicht Amerika England in den Finanzen wie in der Handelsflotte vorangehen. Wir müssen dem feindlichen Rede-Trommelfeuer standhalten. Wir besitzen ansehnend nicht das Rüstzeug moderner Staatskunst, um dem entgegenzuwirken. Wir lassen alle die Reden auf uns herniederprasseln — aber kein Mensch ist da, der antwortet! (Lebh. Zus.) Wo sind unsere Staatsmänner eigentlich da, wenn sie nicht antworten? Es ist nicht richtig, wenn Hertling vierzehn Tage lang wartet mit seiner Erwiderung an Lloyd George. Hoffmann hatte binnen 48 Stunden eine Antwort auf seine Rede aus London! Im Hauptauschuss des Reichstags wird am Donnerstag das dringende Ersuchen an die Regierung gerichtet werden, den diplomatischen Endkampf zu führen.

In den ersten Januartagen ist eine volle Verständigung zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Leitung erzielt worden. Man wird daher gut tun, sich zu beruhigen und nach Einzelheiten nicht zu fragen. Wenn Hindenburg zurücktritt, ist, können wir es auch sein. (Beifall.) Die Selbständigkeitsklärung Flanderns ist gepöb.

Wir werden in Deutschland einer sehr schweren Zukunft entgegengehen. Wir werden große Kämpfe erleben zwischen Sozialismus und freier Betätigung, harte Kämpfe auch um die Steuern. In bezug auf die Steuerfragen wird eine Revolutionierung der Gedanken eintreten, außerordentliche Eingriffe sind nicht zu umgehen. Wir müssen uns fragen, ob es richtig ist, auf Entschädigungen zu verzichten. Zum Schluß trat Stresemann warm für eine freiwillige Ausgestaltung im Innern ein, namentlich in bezug auf die preussische Wahlreform. Rautelen müssen gegen den Radikalismus verlangt werden. Man gehe auf den Vorstoß des Zentrums ein, für geistliche und Schulfragen eine Zweidrittelmehrheit zu verlangen. Wirtschaftlich und seelisch haben wir durchgehalten, aber das politische Durchhalten müssen wir noch lernen. Wir können hoffen, daß die nächsten Monate die Entscheidung bringen werden. So lange müssen wir noch aushalten — dann werden wir befehlen vor unseren Söhnen und Enkeln!

Der Redner folgte langer stürmischer Beifall.

Brest-Litowsk

Ludendorff und Hindenburg beim Reichskanzler  
Bl Berlin, 24. Januar. Beim Reichskanzler fand gestern, wie das Berliner Tageblatt berichtet, eine Konferenz statt, an der auch Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff teilnahmen.

Trozkis will Wort halten

Bl Der Petersburger „Pravda“ meldet, daß Trozkis unter allen Umständen am 27. Januar nach Brest-Litowsk zurückkehren werde.

Englische Arbeiter an Trozkis

Bl Die schweizerischen Blätter berichten: „Manchester Guardian“ meldet, daß die unabhängige Arbeiterpartei Englands folgendes Telegramm an Trozkis sandte: „Nachdem Lloyd George und Wilson, ebenso wie der Vertreter der Zentralmächte Eure Formel: „Keine Annexion, keine Entschädigungen“ angenommen haben und wir glauben, daß die Anwendung dieses Grundgesetzes im einzelnen lediglich in einer vollen Konferenz möglich ist, drängen wir unsere Regierung, unverzüglich an Verhandlungen für den allgemeinen Frieden teilzunehmen. Wir sind von Herzen mit Euch in Eurem großartigen Eintreten für den Internationalismus.“

Befprechungen in Berlin

Bl Berlin, 24. Jan. gestern Abend fand im Reichskanzlerhaus eine Zusammenkunft der Vorstände der Reichstagsfraktionen statt, denen Staatssekretär von Kühlmann außerordentlichen Bericht über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk erstattete. Daran schloß sich eine, wie der Volkalenzeitung sagt, sehr eingehende Erörterung der Lage, und es ist beschlossen worden, heute im Hauptauschuss der Erklärung des Reichskanzlers eine gründliche Aussprache folgen zu lassen. Wie bisher, war auch der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Abg. Haacke, zugegen. Heute vor Beginn der Hauptauschussung werden voraussichtlich die Fraktionsvorsitzenden noch einmal von Exzellenz von Redowicz empfangen werden, und es wird, laut Volkalenzeitung in parlamentarischen Kreisen mit dem Zusammentritt des Aletienauschusses vor der Sitzung geredet. Der Vorwärts meint, man erwarte, daß der Reichskanzler über die Aussichten des Friedens im Osten sprechen und sich mit der neuen Friedensbewegung des Westens, die auch in der veränderten Stellungnahme Wilsons und Lloyd Georges zum Ausdruck kommen, auseinandersetzen werde. Es werde ihm wohl auch nicht möglich sein, die neue Wendung in der auswärtigen

Politik Oesterreich-Ungarns außerhalb seiner Betrachtungen zu lassen, da sie jedenfalls in der folgenden Debatte eine große Rolle spielen würde. Für die Sozialdemokratie werde Abg. Scheidemann das Wort ergreifen.

Sprachenfreiheit in Rußland

r Bern, 23. Januar. Der russische Mitarbeiter des Berner „Bund“ entnimmt russischen Blättern, daß in den nächsten Tagen die Bolschewiki-Regierung eine Verordnung erlassen werde, wodurch das Verbot der Benutzung der deutschen, türkischen und übrigen feindlichen Sprachen als Redo-, Schreib- und Unterrichtssprachen aufgehoben wird.

Rezensis Guthaben beschlagnahmt

r Stockholm, 23. Januar. Nach einer Petersburger Havasmeldung hat das Volkskommissariat die Beschlagnahme der laufenden Guthaben Rezensis an der Staatsbank und an der internationalen Handelsbank angeordnet. Die Gesamtbeträge belaufen sich angeblich auf 1474 734 Rubel.

Organisation des Getreideeinfuhrwesens in Rußland

r Die „Adm. Ita.“ meldet aus Wien: Die letzten Verantwortlichkeiten der Wiener Börse für landwirtschaftliche Produkte begeben sich nach der „Neuen Fr. Pr.“ diese Woche nach Berlin, um dort über eine gemeinsame Organisation von Getreidebesitzern aus Rußland und der Ukraine mit deutschen und ungarischen Bezugsgruppen zu verhandeln. In Oesterreich und Ungarn sollen die beteiligten Getreidebesitzer zu diesem Zweck eine Gesellschaft m. B. bilden, um die Verlufterfahren gemeinsam zu tragen. Der Erlauf soll nach Regierungsanweisungen erfolgen. Die Regierung soll Einkaufsbüchlein festsetzen und wird das gekaufte Getreide mit entsprechendem Preiszuschlag übernehmen. Gleichzeitig werden die Regierungen der Mittel-mächte die Aufstellung der Getreidepreise vereinbaren.

General v. Arz gegen hochgepaunte Friedenshoffnungen

r Wien, 22. Jan. Der Kriegsberichterstatter des „Neuen Wiener Tagbl.“ hatte eine Unterredung mit dem Generalstabsoberst Freiherrn v. Arz, welcher sich gegenüber dem Berichterstatter über die jüngste Auslandsbewegung äußerte, welche gegenüber dem Kriegsberichterstatter der Arbeiterzeitung, sodann abermals den unverwundbaren Friedenswillen der Monarchie betonte und erklärte, daß er selbst den Frieden herbeiwünsche.

Freiherr v. Arz wies sodann gleichfalls auf die Unmöglichkeit der Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten hin und ein der Unterredung betretender Offizier fügte zur Erläuterung bei, daß der größte Teil der russischen Truppen, die in dem noch von Gegnern besetzten Ostgalizien standen, ihre Schützengraben verlassen haben und daß Rüberorden, die aus russischen Warodern gebildet sind, jetzt langsam und plündernd die Gegend durchziehen. Der Generalstabsoberst verwies sodann darauf, daß man immer nur von der Möglichkeit eines baldigen Friedensschlusses mit Rußland sprich und damit ganz übersehen, daß der übrige Verband noch seinen Schritt zum Frieden getan hat. Er fuhr fort: Sie sehen, wie heftig sich selbst Rumänien gegen den Eintritt in Friedensverhandlungen sträubt. Italien scheint zu übersehen, daß wir tief in seinem Gebiete stehen. Es spricht noch immer von der Angliederung von Triest und Trient. Mit keinem Worte hat der Verband bisher die Selbstständigkeit der Rückgabe der deutschen Kolonien betont. Aus allen diesen Gründen erscheinen mir die hochgepaunten Friedenshoffnungen, die sich in den letzten Wochen in der Bevölkerung verbreitet haben, verfröh.

Die Ermordung der beiden Kadettenführer

re Petersburg. Die Ermordung der beiden Kadettenführer ist der schwerste Schlag, der die Kadettenpartei bisher getroffen hat, da sie dadurch zwei ihrer tüchtigsten Führer verlor. Die Volkskommissare sind benachrichtigt worden, daß die Polizei die Spur der Mörder von Tschingarew und Koleschkin gefunden hat.

Dringende Befehle sind ergangen an alle Kommissariate, Präsidenten der Sowjetsausschüsse für den Kampf gegen die Pogrome, an das Hauptquartier der roten Garde, an den Ausschuss zur Bekämpfung der Gegenrevolution, an den Kommissar für Kriminalangelegenheiten und an die Kommissare der Bahnhöfe von Petersburg, sofort alle Kräfte in Bewegung zu setzen, zur Ermittlung der Mafrosen und roten Garbisten, die heute nacht um 1 Uhr in das Marinehospital eingebracht sind und Tschingarew und Koleschkin ermordet haben. Die Schuldigen sind zu verhaften und nach dem Smolny-Institut, Zimmer 75, zu bringen. Ueber den Gang der Ermittlung ist alle zwei Stunden Bericht zu erstatten.

geg. Lenin. Justizminister Steinberg.

Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm in seiner Sitzung vom 20. folgende Entschädigung an: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß Tschingarew und Koleschkin im Hospital getötet worden sind. Er verurteilt ein solches Verbrechen. Die Arbeiterklassen werden niemals billigen, daß unsere Gefangenen angefaßt werden, möge ihr politisches Vergehen an dem Volk und der Revolution noch so groß und die Entrüstung über die Führer der Gegenrevolution noch so gerecht sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Arbeiter und Soldaten auf, in ihrer Gesamtheit ein solches Verbrechen zu tabeln und ordnet alles an, damit die revolutionäre Ordnung aufrechterhalten werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat billigt die von dem Volksbeauftragten getroffenen energischen Maßnahmen.

Ein harter Vorstoß gegen die Bolschewikiherrschaft

r Basel, 24. Januar. Dem Petit Parisien wird aus Petersburg der Inhalt einer Proklamation des Volksauschusses des allrussischen Rates der Bauern mitgeteilt. Die Proklamation stellt fest, daß die Straßen von Petersburg durch die Rote Garde mit Blut bedeckt wurden. Sie demontiert, daß Bürger- und Gegenrevolutionäre die Manifestanten gewesen sind. Die Manifestanten seien vielmehr Arbeiter und Soldaten gewesen. Die Reichenhäuser geben den Beweis, daß auch die Opfer Arbeiter gewesen sind, die auf Befehl der Volkskommissare getötet wurden, weil sie die ganze Macht für die Konstituante verlangten. Das Smolny-Institut will die Macht des Volkes nicht, das zu verteidigen es vorgibt. Die Rote Garde schützt unter dem Vorwand, die Revolution zu verteidigen, die Despotie des Smolny-Instituts. Die Proklamation schließt mit den Worten: Offene die Augen! Unheil denen, die auf unsere Angstwort nicht hören. Erhebe dich, russisches Volk, sonst wird ewige Schande dein Lohn sein!

r Lugansk, 24. Januar. Nach einer Meldung der Epocha

wurde der 1. Bürgermeister von Moskau Rudner und der Bischof Indikus Minor ermordet.

Möglichkeit eines russisch-rumänischen Krieges?

ru Das Wiener „Nacht-Uhr-Blatt“ meldet von der russischen Grenze: Lenin erklärte in der „Pravda“, daß man die Möglichkeit eines russisch-rumänischen Krieges ins Auge fassen müsse. Der Krieg werde unvermeidlich sein, wenn die rumänische Regierung sich weigern sollte, die Forderungen des Rates der Volksbeauftragten zu erfüllen. Der Rat der Volksbeauftragten verbot die Warenausfuhr nach Rumänien, insbesondere die Verproviantierung der rumänischen Armee aus den Nahrungsmittelbeständen Südrusslands. Die Blätter melden den Transport von Geschützen nach dem Süden. „Dien“ läßt sich von seinem Sonderberichterstatter im rumänischen Hauptquartier mitteilen, daß Rönig Ferdinand einen Kronrat zusammenberief, um die russisch-rumänische Spannung zu klären. Die Stimmung im Kronrat war sehr ernst. Sein Ergebnis ist zur Stunde unbekannt.

Stich des  
Boilston  
rumänisch  
wib  
Wan  
auf dem  
soupen.  
wurde  
nahmen  
Ein  
lanal aus  
Geleitzug  
ein Trans  
De fe  
mit  
Weid  
Folier als  
beist es  
englische  
auf den b  
ernten M  
letten M  
sah nur u  
des, lägl  
haben, we  
ganze Ern  
Arbeiter  
noch mit  
neigt hin  
lange Gef  
we Be  
erfahrt, i  
der Unabh  
will, an w  
Am Mont  
Beschlus  
zu unter  
daß bei d  
dem Krie  
macht wird  
wi Be  
und St. E  
hatten ihr  
bad einen  
durch die  
legten Do  
Nathause,  
Lebensmit  
tungen no  
Läden un  
Freitag la  
Lage läßt  
Grenzgeb  
und nach  
wi Pa  
folgende, J  
Erörterung  
halten zur  
Zeit eine  
rufen.  
re Lug  
in Weilan  
dene Verba  
werden get  
m En  
General G  
an den ma  
i Engo  
Bensmitt  
hat. Die  
einem Aus  
Der Kohler  
hülligen.  
Wintersbet  
tengezeichn  
KI  
pb Be  
lösung ber  
den die G  
pb Be  
unter „Bal  
daß die im  
auf Presse  
tritt des G  
des Ober  
freier Erfin  
d Br  
frü die W  
d Wies  
über auswo  
präsident T  
troffen und  
Befriedigun  
lungen ein  
Lissa, Dr.  
denn sie in  
pb Bon  
glüht ber  
über 80  
zurückgeh  
nur ein m  
auf Kreide  
lösen soll